Krankheit und des Hin-
unvergeßlichen, lieben
des
abrikdirektors
us Holzer,
in rührender Weise der
en Entschlafenen und der
gegeben worden. Hiefür
ür die trostvollen Worte
en, die erhebenden Ge-
res des Rotenbachwerkes,
ehrenvollen Nachrufe der
n, Meister und der Ar-
na Krauth & Comp. und
ach, sowie für die schönen
n wir auf diesem Wege
en zu dürfen.
erk,
onds 1923.
nden Hinterbliebenen.

Achtung!
lliger
Verkauf.
e ich auf sämtliche neue
Nachlaß!
lung Schöttle,
nittlungs- und Comissions-
Betten, Polsterwaren, Te
Gebrauchsgegenstände,
, Dillsteinerstr. 18.
Telefon 2165
will, muß inserieren

Bijouterietechniker,
evangelisch, 42 Jahre,
und strebsam, sucht
Fräulein (oder Witwe
Kind) kennen zu lernen
späterer
Heirat.
Angebote unter Nr. 20
die Enztälergeschäftsstelle
beten.

Birkenfeld.
Ein großträchtiges,
klassiges
Mutter-
Schwein
ist zu verkaufen
Kirchweg 9, Bidret

Richelberg OA. Calw.
Verkaufe 15 Ztr.
Roggenstroh,
sowie 12 Rm. dürres
Brennholz
Georg Hesselschwerdt.

Elektr. Bügeleisen,
Metalldrahtlampen,
Halbwattlampen,
110 und 220 Volt,
elektr. Koch- u. Heiz-
apparate, Föhnapp-
rate, Stand-Lampe
aller Systeme, Tasche
lampen u. Batterie
empf. Chr. J. Hartmann, Pforzheim
Weststr. 8, Tel. 1050.

Zieh-
Harmonika
kosten nur noch
halben Preis bei
Ziehharmonikamacher
G. Hohnloser, Pforzheim
Bergstraße 27.
Daselbst wird Unterricht
teilt für jedes gekaufte
strument, sowie für Gitarren
Mandolinen, Geigen
Zithern. Alte Instrumente
aller Art können auf
eingetauscht werden.

Bezugspreis:
Wöchentlich in Neuenbürg 36 Goldpfennige. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländ. Verkehr 50 Goldpfennig m. Postbestellgebühr. Preise freibleibend, Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 12 Goldpfennige.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.
Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfennig, mit Ins.-Steuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 20 Mill. ℳ Reklame-Zeile 50 Goldpfennig.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 291 | Neuenbürg, Mittwoch, den 12. Dezember 1923. | 81. Jahrgang.

Deutschland.

Frankfurt, 10. Dez. Die technischen Vorbereitungen, die nötig sind, um den Eisenbahnverkehr mit dem besetzten Gebiet wieder in Gang zu bringen, haben sich verzögert. Es wird daher noch einige Tage dauern, bis der Eisenbahnverkehr nach dem besetzten Gebiet, der heute wieder aufgenommen werden sollte, hier eröffnet werden kann.

Düsseldorf, 10. Dez. Eine neue Verordnung des Generals Degoutte befaßt sich mit der Sicherstellung der Zahlung der Abgaben, Goldstrafen usw., die sich auf die Zölle und die Abgaben für Ein- und Ausfuhr beziehen. Bei Zuwiderhandlungen ist die Beschlagnahme des gesamten Vermögens und Geldstrafen bis zu 20 000 Goldmark vorgesehen.

Unerhörte Uebergriffe des französischen Militarismus.

Es sieht so aus, als ob das durch seinen langen Leidensweg stumpf gewordene deutsche Volk nicht mehr das richtige Empfinden für die maßlosen Auswüchse des französischen Militarismus aufzubringen imstande sei. Ein Schrei der Entrüstung müßte sonst durch das ganze Land gehen, wenn man hört, wie zu einer Zeit, wo Millionen deutscher Kinder, Frauen und Greise vom Hungertode bedroht sind, durch die französischen Besatzungsbehörden Forderungen gestellt werden, die gegen Vertrag und Recht dem deutschen Volke und insbesondere den Gemeinden des besetzten Gebietes erdrückende Lasten auferlegen. Aus dem Ruhrgebiet wird gemeldet, daß die Franzosen neuerdings dazu übergehen, in systematischer Weise ein Netz von militärischen Stützpunkten auszubauen, bei dem sich unwillkürlich der Vergleich mit dem römischen „Limes" aufdrängt. Dabei scheint es ihr Bestreben zu sein, die Grenze über die Ruhr hinaus bis an die Lippe vorzurücken. Hierfür einige Beispiele: Die Stadt Recklinghausen (65 000 Einwohner) muß eine Kavalleriekaserne bauen, deren Herstellungskosten auf 2½ Millionen Goldmark veranschlagt sind, außerdem soll sie Unterkunft für ein Infanterieregiment und 87 Familien schaffen. Bochum soll ein Artillerieregiment, Dortmund ein Infanterieregiment in Garnison bekommen. Da die Städte nicht in der Lage sind, die erforderlichen Gebäude zu errichten, müssen Schulen als Kasernen dienen, wodurch der Schulbetrieb in der empfindlichsten Weise gestört wird. Wie lange mag es noch dauern, bis auch dem Ausland, vor allem England, die Augen aufgehen, über dieses offenkundige Streben Frankreichs, mit Hilfe des einst so viel geschmähten Militarismus eine dauernde Hegemonie auf dem europäischen Festland zu begründen?

Französische Intrigen im Sechziger-Ausschuß.

Berlin, 11. Dez. Heute tritt im Rathaus zu Köln der Sechzigerausschuß zu seiner ersten Sitzung zusammen. Aus diesem Anlaß veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete und zeitweilige Innenminister im letzten Koalitionskabinett, Sollmann, im Sozialdemokratischen Parlamentsdienst einen Aufsatz, in dem er ausführt, niemand sei in dieser Körperschaft, der sich als Freund einer Loslösung vom Reich zu bekennen wagte. Auch die Befürworter einer Trennung von Preußen wären wohl in der Minderheit. Trotzdem sieht Sollmann die Dinge sehr pessimistisch. „Ich fürchte sehr", schreibt er, „daß man am deutschen Eck in Koblenz, wo jetzt die Interalliierte Rheinlandkommission residiert, in einen Strudel gerät und scheitern wird. Jedenfalls sind deutsch-französische Treibereien gegen den Sechzigerausschuß unter Beteiligung eines deutschen Reichstagsabgeordneten schon im Gange."

Das klingt sehr unbehaglich. Es hätte sich vielleicht empfohlen, daß Herr Sollmann deutlicher geworden wäre und den Namen dieses Abgeordneten genannt hätte. Im weiteren Verfolg seines Aufsatzes arbeitet Sollmann dann nochmals die Streitpunkte heraus, die uns von den französischen Machthabern trennen: „Deutschland, Private und Regierung, wollen Wirtschaft und Verkehr so rasch als irgend möglich wieder in Gang setzen. Herr Tirard und seine Auftraggeber indes wollen ein Rheinland unter französischer Kontrolle, dem sie nicht einmal eine Vertretung für den deutschen Reichstag bewilligen möchten." Sollmann konstatiert erneut, daß es allen den geschäftigen Talenten, die in den letzten Wochen und Monaten um Herrn Tirard scharwenzelt haben, nicht gelungen ist, irgend eine Zusage, zumal wirtschaftlicher oder finanzieller Natur, von derzeitiger französischer Stelle zu erhalten. Sollmann resümiert sich: „Es lassen sich von der Warte europäischen Politik gewiß mancherlei Verständigungsmöglichkeiten in der Rheinfrage erkennen. Aber diese können nur durch Verhandlungen zwischen den Regierungen gefunden werden." Im „Berliner Tageblatt" wird derweilen angedeutet, daß sich beauftragte Vertreter Preußens nach dem Rheinland begeben haben, um hier in Besprechungen mit verantwortlichen Kreisen des besetzten Gebiets die Möglichkeiten zur Wiederherstellung der Wirtschaft zu erörtern. Von uns aus können wir als die Auffassung berufener rheinischer Beurteiler dieser Dinge noch hinzufügen, daß es vor allem darauf ankommt, nunmehr die Wirtschaft im besetzten Gebiet anzukurbeln. Hernach würde die erwünschte und wünschenswerte Beruhigung von selbst eintreten.

Ausland.

Rom, 11. Dez. Mussolini löste die Abgeordnetenkammer auf. Die Neuwahlen sollen im Frühjahr stattfinden.

London, 11. Dez. Die fünf vorletzten Wahlergebnisse sind gestern erst bekannt geworden. Von der Universität London wurde der konservative Sir Russell gegen den liberalen Professor Pollard und den bekannten Romanschriftsteller Wells gewählt, der für die Arbeiterpartei kandidierte. Die vier übrigen Ergebnisse zeigen einen Konservativen und drei Liberale als Sieger. Der Stand der Parteien ist demnach: Konservative 256, Arbeiter-Partei 189, Liberale 157, Unabhängige 8. Es Hall, den Geschäftsführer der Partei, wegen ihrer Politik, die die Wahlniederlage herbeigeführt hat. In der Parteitagung, die voraussichtlich noch in dieser Woche stattfinden soll, werden heftige Angriffe gegen den Ministerpräsidenten erhoben und es wird von ihm gefordert werden, der Partei den Rücken zu kehren. Mit ihm will man auch noch einigen Staatssekretären, die Baldwins Hauptberater gewesen sind, den Laufpaß geben. Darunter auch dem franzosenfreundlichen Staatssekretär des Aeußern Mac Neill.

Ein englisch-französisches Rheinland-Abkommen?

London, 11. Dez. In hiesigen, der amerikanischen Botschaft nahestehenden Kreisen wird mit Bestimmtheit behauptet, daß kurz vor den Wahlen in England in internen Besprechungen zwischen der englischen und französischen Regierung eine Einigung über die Reparations- und Ruhrfrage erzielt worden sei, deren folgende zehn Klauseln paraphiert worden seien:

1. Die Ruhraktion muß in ein einfaches System finanzieller und wirtschaftlicher Kontrolle unter Teilnahme Englands umgeändert werden. 2. Diese Kontrolle muß mit dem Einverständnis der Berliner Regierung als das geeignetste Mittel zur Wiederherstellung der deutschen Finanzen und der deutschen Währung schrittweise auch auf andere Gebiete Deutschlands ausgedehnt werden. 3. Frankreich muß jede Unterstützung der rheinischen Separatisten fallen lassen, aber mit Belgien und England gemeinsam die Autonomie der Rheinlande im Rahmen des Reichs garantieren. 4. Die militärische Besetzung des Rheinlandes soll aufrecht erhalten bleiben. Das Hauptkontingent der Besatzungstruppen soll Frankreich unter Verantwortlichkeit dem Völkerbund gegenüber stellen. 5. Die Alliierten werden gegen jeden deutschen Angriffsversuch sofort gemeinschaftlich einschreiten. 6. Frankreich verzichtet formell auf jede Absicht, das Rheinland zu annektieren. 7. Frankreich und England werden eine militärische Flotten- und Luftallianz eingehen. 8. Im Falle einer Weiterregierung Baldwins wird zwischen England und Frankreich ein Sonder-Handelsvertrag mit besonderer Berücksichtigung der Zölle abgeschlossen. 9. Die gesamte Reparationsverpflichtung Deutschlands wird auf 70 Milliarden Goldmark reduziert, woraus die Entschädigungen für Frankreich, Belgien, Serbien und Italien, sowie ein genügender Koeffizient der britischen Schulden an Amerika gedeckt werden soll. 10. Beide Mächte verpflichten sich zu einer gemeinsamen Politik der Verständigung mit bezug auf alle kontinentalen Fragen, insbesondere auch in der Mittelmeer-Sphäre.

Die Ministerliste der englischen Arbeiterpartei.

London, 10. Dez. Gestern fand die Generalversammlung der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften statt, in der Ramsey Macdonald einen ausführlichen Ueberblick über die gegenwärtige Lage gab. Macdonald ist bereit, die Regierungsbildung zu übernehmen, verlangt aber vorher gewisse Zusicherungen von seiner Partei, vor allem die, daß er in einer Politik nicht von deren radikalem Flügel behindert werde. Dieser radikale Flügel ist im neuen Parlament bedeutend schwächer als im alten. Die ersten politischen Maßnahmen, die Macdonald vornehmen will, sind eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und eine neue Wohnungsgesetzgebung, die er miteinander verbinden will. Er wird zweifellos auch Frankreich gegenüber eine energischere Linie als die Tories einschlagen und auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands hinzuwirken versuchen. In beiden Fragen kann er auf die Unterstützung der Liberalen rechnen. Aus Kreisen der Arbeiterpartei hört man schon folgende Kabinettsliste nennen: Premier Macdonald, Schatzkanzler Philipp Snowden, Lordkanzler Lord Haldane, Solicitor-General L. v. Hemerde, Attorney-General Patrick Hastings, Erziehungsminister Trevelyan, Auswärtiges Artur Ponsonby, Inneres J. H. Thomas, Handel Frank Hodges, Gesundheit Margaret Benfield, Krieg J. R. Clynes.

Ein wichtiger, grundsätzlicher Entscheid in der Lusitania-Frage.

Die amerikanisch-deutsche Gemischte Schiedskommission hat dahin entschieden, daß Deutschland keine „punitive nor vindictive" Entschädigungen — Entschädigungen also, die den Charakter einer Strafmaßnahme tragen — für die aus Anlaß der Lusitania-Versenkung entstandenen Verluste an Leben, Gesundheit und Eigentum amerikanischer Bürger zu leisten habe; die hinsichtlich solcher Verluste erhobenen 278 Entschädigungsansprüche belaufen sich auf 23 790 500 Dollar. Die Kommission hat ferner dahin entschieden, daß „seelische Störungen" als Begründung eines Anspruchs wirklich nachgewiesen sein müssen und sich solche Ansprüche nicht auf rein persönliche vage Empfindungen stützen dürfen.

Coolidge gegen den „Bonus" an Kriegsteilnehmer.

Washington, 11. Dez. In den Anträgen für das 12-monatige Budget, das gestern dem Kongreß zugestellt wurde, schlägt Präsident Coolidge die Herabsetzung der Besteuerung um 300 Millionen Dollar vor und erhebt Einwendungen gegen den Plan der Geldzuwendung an die vormaligen Soldaten. Der Marinesekretär empfiehlt in seinem Jahresbericht an den Kongreß für dieses Jahr die Ausgabe von 30 Millionen Dollar für die Umgestaltung der amerikanischen Flotte und den Bau von 8 Kreuzern, 3 U-Bootskreuzern und 6 Kanonenbooten, sowie einer weiteren Summe für die Verbesserung der Marinestützpunkte und die Entwickelung des Marineflugdienstes. Der Bericht erklärt die Kreuzer für eine Offensiv- und Defensivwaffe zugleich und für ein Hauptelement der Flottenstrategie, in der die Vereinigten Staaten, verglichen mit der englischen Marine, ernstlich im Rückstand seien.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 12. Dez. Die Verkehrssperre bei Offenburg Schnellzüge 281 und 282 Basel—Villingen—Pforzheim—Frankfurt letztmals in der Nacht vom 12. auf 13. Dezember ausgeführt. Vom 13. Dezember an fallen weiter die in der roten Fahrplanübersicht aufgeführten, nur über die Dauer der Verkehrsumleitung bei Offenburg vorgesehenen Züge aus mit Ausnahme der D-Züge 277, Stuttgart ab 3.50 und Zug 278 Stuttgart an 2.38 Nachm., die noch bis einschl. 15. Dezember verkehren.

Neuenbürg, 10. Dez. (Umstellung des Postscheckverkehrs auf Rentenmark.) Vom 17. Dezember an wird der Postscheckverkehr auf Rentenmark umgestellt. Zahlkarten haben vom 13. Dezember an auf Rentenmark zu lauten. Die Zahlkartenbeträge werden erst vom 17. Dezember an auf den Konten gutgeschrieben. Nachnahmesendungen und Postaufträge, deren Beträge Postscheckkonten mit Zahlkarte zugeführt werden sollen, werden vom 12. Dezember an nur angenommen, wenn der einzuziehende Betrag und der Betrag in der Zahlkarte in Rentenmark angegeben sind.

Neuenbürg, 12. Dez. Falsche 1-Billionen-Mark-Scheine kursieren hier zur Zeit. Das Papier weist wohl die Fasern auf und ist dem Papier der echten Scheine ziemlich ähnlich. Dagegen ist die Druckausführung eine mehr als mangelhafte und läßt bei einigermaßen Aufmerksamkeit die Fälschung leicht erkennen.

Neuenbürg, 11. Dez. Eine vorübergehende Verkehrsstörung entstand heute nachmittag auf dem Marktplatz, als der Wagen eines Landwirts aus Schwann, der mit Ziegelsteinen und einigen Säcken Futtermitteln beladen war, unter der Last mit einem lauten Krach in der Mitte auseinanderbrach. Hilfsbereite Hände waren alsbald zur Stelle und nach Herbeischaffung eines Ersatzgefährtes konnte die Weiterfahrt fortgesetzt werden.

Württemberg.

Stuttgart, 11. Dez. (Gefrierfleisch.) Den Bemühungen des Wehrkreiskommandos im Einvernehmen mit dem Stuttgarter Lebensmittelamt ist es gelungen, größere Mengen bestes argentinisches Gefrierfleisch durch eine Großfirma zu billigem Preise auf den Markt zu bringen. Das Gefrierfleisch wird jetzt in den Stuttgarter Metzgereien um 60 Pfg. das Pfund an die Verbraucher abgegeben.

Stuttgart, 11. Dezbr. (Auch das Schweinefleisch wird billiger.) Ab Mittwoch kostet das Pfund Schweinefleisch 1.50 Mark gegen bisher 1.80 Mark, Hammelfleisch 70—80 Pfennig gegen 75—85 Pfennig. Die Preise der übrigen Fleischsorten bleiben unverändert.

Stuttgart, 11. Dez. (Der neue Erzeugermilchpreis.) Nachdem die Verhandlungen mit den Städten ergebnislos verlaufen waren, haben sich die landwirtschaftlichen Organisationen direkt an das Wehrkreiskommando gewandt. Nach längerem hin und her haben sie sich nun mit einem Erzeugerpreis von 17 Pfennigen vorerst zufriedengegeben und zwar unter der Bedingung, daß der neue Preis bereits ab Mittwoch, den 12. Dezember in Kraft tritt und für den ganzen Rest des Monats gilt und weiterhin, daß die Städte ihren bisherigen Verkaufspreis beibehalten.

Stuttgart, 11. Dez. (Wem gehören die Dollar?) In der Strafsache gegen den früheren Hilfspostschaffner August Bauer von Holzmaden wegen Diebstahls u. A. sind drei Dollarscheine zu je 1 Dollar, neun Dollarscheine zu je 2 Dollar und drei Schweizer Fünffrankenscheine beschlagnahmt. Ansprüche der unbekannten Eigentümer dieser Geldscheine sind binnen 6 Wochen bei der Strafkammer V des Landgerichts Stuttgart anzumelden.

Cannstatt, 11. Dezbr. (Unter die Räder.) Bei der Eisenbahnbrücke in der Königstraße wollte der Oberpostsekretär E. Sailer in einen fahrenden Straßenbahnwagen aufspringen, glitt aber auf dem schlüpfrigen Randstein aus und kam unter den Anhängewagen, dessen Räder ihm über den Unterleib fuhren und beide Beine zermalmten. Schon auf dem Transport zum Krankenhaus starb der Schwerverletzte.

Unterkürkheim, 11. Dez. (Rascher Tod.) Auf seinem Grundstück in Gewand Hattenloh wurde der 27jährige Wilhelm Haug am Samstag bei der Arbeit von einem Schlaganfall betroffen, der den sofortigen Tod zur Folge hatte.

Heilbronn, 11. Dez. (Beleidigungsprozeß.) Vor dem Schöffengericht hatten sich Steuerratschreiber und Gemeinderat Hermann Waiblinger und Dr. med. Ludwig Essinger, beide in Böckingen, wegen Beleidigung des Böckinger Stadtschultheißen Alter zu verantworten. Die Anklage gegen Waiblinger stützte sich auf einen Bericht über eine Steuerangelegenheit der Firma Müller in Böckingen, den der Angeklagte in seiner Eigenschaft als Steuerbeamter verfaßt und den Vorsitzenden der drei Böckinger Rathausfraktionen in Abschrift ausgehändigt hat. Der Vorwurf der Steuerbegünstigung wurde darin gefunden. Im Fall Essinger handelte es sich um eine Wohnungsangelegenheit. Das Gericht erkannte bei Waiblinger auf 100 Goldmark, bei Dr. Essinger auf 60 Goldmark. Beide haben Berufung eingelegt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Stein am Kocher, das in Heilbronn Besorgungen gemacht hatte, vor einem auf der Straße stehenden zweirädrigen Wagen. Das Fuhrwerk überschlug sich zweimal. Dabei verunglückte einer der Insassen tödlich.

Rottweil, 11. Dez. (Zur Stadtschultheißenwahl.) Bei der Stadtschultheißenwahl haben von 6081 Wahlberechtigten 4671, gleich 76 Prozent, abgestimmt. Bekanntlich erhielten die beiden Hauptkandidaten Ritter und Hirzel die gleiche Stimmenzahl mit je 1771. Der Kandidat der Sozialdemokratie, Obersteuerinspektor Hirn, vereinigte 659 Stimmen auf sich, während Rechtsanwalt Sautermeister, der hauptsächlich von der Bürgerpartei unterstützt worden sein dürfte, es auf 416 Stimmen brachte. Das Ergebnis der amtlichen Zählung ist noch nicht bekannt. Der Wahlkampf nahm zeitweilig Formen an, wie man es in Rottweil bisher nicht gewohnt war. Ritter wurde mit Schmähungen und persönlichen Verunglimpfungen geradezu überhäuft. Viele Zentrumsleute haben lt. Schwarzw. Volksfreund die Parteidisziplin nicht gewahrt.

Vom Bodensee, 11. Dez. (Schieber.) Der ledige Dreher Hermann Heilmann von Nordheim OA. Brackenheim hält sich schon seit September arbeitslos in Lindau auf; er lebte aber trotz seiner Arbeitslosigkeit sehr flott. Nun konnte er nach der Richtung überführt werden, daß er Käse in der Umgebung von Lindau und in Wangen i. A. aufgekauft und nach Oesterreich verschoben hat. Ebenso hat er einen schwunghaften Devisenhandel betrieben. Er wurde in Haft genommen.

Wasseralfingen, 11. Dez. (Schafdiebe.) Die letzthin gemeldeten Schafdiebstähle in Wasseralfingen, Attenhofen und Oberalfingen haben ihre Aufklärung gefunden. Fünf Personen wurden als Täter ermittelt, wovon zwei dem Amtsgericht eingeliefert wurde. Der Haupttäter Alois Fischer von Unterkochen ist flüchtig. Das noch nicht verzehrte Fleisch, das teils im Kamin hing, teils im Stroh versteckt war, konnte den Bestohlenen zurückgegeben werden.

Warenzurückhaltung und Nichtoffenhaltung von Metzgerläden.

Stuttgart, 11. Dez. Sieben Metzgermeister hatten Strafbefehle über Gefängnisstrafen bis zu 10 Tagen und Geldstrafen bis zu 5 Billionen Mark für den Einzelfall wegen Warenzurückhaltung und Ladenschluß erhalten. In den Kühlzellen des Schlachthofes wurden die Fleischvorräte beschlagnahmt und zum Teil den Verbrauchern zugeführt. Die Metzger legten gegen den Strafbefehl Einspruch an das Wuchergericht ein. In der Verhandlung hatte die Beweisaufnahme bezüglich der Warenzurückhaltung ein sehr dürftiges Ergebnis. Die Sachverständigen und Zeugen sagten aus, daß für den Betrieb einer Metzgerei Fleischvorräte mindestens in Höhe eines halben bis ganzen Wochenbedarfs erforderlich seien. Alle sieben Angeklagten wurden von der Beschuldigung gewinnsüchtiger Warenzurückhaltung freigesprochen, zwei von ihnen aber wegen Nichtoffenhaltung ihrer Läden, trotzdem noch Wurstvorräte vorhanden waren, je zu der Geldstrafe von 20 Goldmark, die zur Hälfte an die Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe treten, verurteilt.

Brennholzversorgung.

Stuttgart, 10. Dez. Im kommenden Winter wird von der Bewirtschaftung von Brennholz abgesehen werden. Bei den derzeitigen Verhältnissen ist nicht anzunehmen, daß die Nachfrage nach Brennholz das Angebot übersteigen wird. Zudem ist die Kohlenbewirtschaftung inzwischen aufgehoben worden. Wenn nunmehr auch der Verkehr mit Brennholz grundsätzlich freigegeben ist, wird doch alles Mögliche geschehen, um diesen Verkehr reibungslos abzuwickeln. Waldbesitzern, die eine ordentliche Brennholznutzung in eigennütziger Weise zurückstellen, können Zwangsauflagen zur Lieferung von Brennholz erteilt werden. Auch das Verkaufsverfahren, das grundsätzlich frei ist, kann geregelt werden, falls sich ernstliche Mißstände zeigen sollten. Zum Bahnversand von Brennholz nach außerhalb Württembergs sind bis auf weiteres noch abgestempelte Frachtbriefe erforderlich; die Abstempelung der Frachtbriefe besorgt nunmehr das Landesbrennstoffamt. Eine Verfügung des Arbeitsministeriums schafft für all diese Maßnahmen die nötigen Unterlagen. Insbesondere aber wird unter Mitwirkung von Staatswald, Gemeinde- und Privatwaldbesitzern eine Notstandsversorgung auf Grund von Lieferungsverträgen durchgeführt werden. Im Wege der Notstandsfernversorgung werden die größeren Verbrauchergemeinden und solche Gemeinden, die weitab von großen Gemeinden liegen und ihren Bedarf zum Teil von weiterher beziehen müssen, mit Brennholz versorgt werden. Das Landesbrennstoffamt wird jeder Gemeinde demnächst mitteilen, ob sie im Wege der Notstandsfernversorgung beliefert wird oder nicht und welche Menge Brennholz sie auf diesem Wege erhalten kann. Eine Versorgung einzelner Gewerbezweige findet nicht statt. Anfragen über die Brennholzversorgung sind an das Landesbrennstoffamt in Stuttgart, Alter Postplatz 4, zu richten.

Handwerk und Bankschulden!

Die seit einigen Wochen erfreulicherweise eingetretene Stabilität der Mark macht die Inanspruchnahme von Bankkrediten seitens des Handwerks geradezu unmöglich. Nachdem sämtliche Banken bekannt gegeben haben, daß die Rückzahlung der Gelder aufgewertet zu erfolgen habe, ist ein Zinsfuß von täglich 5 Prozent bei stabilen Verhältnissen für die Wirtschaft unerträglich und werden die meisten Handwerker mit allen Mitteln bestrebt sein müssen, Bankschulden heute abzudecken. Die Handwerkskammer Reutlingen hat sich wegen der Zuführung von Rentenmark und Einräumung von Rentenmarkkrediten zu annehmbaren Zinssätzen mit den zuständigen Stellen in Verbindung gesetzt.

Baden.

Offenburg, 10. Dez. Die genaue Besichtigung der nun seit Mitte Februar stillgelegenden Bahnstrecke Appenweier—Offenburg hat ergeben, daß die Ausbesserungsarbeiten doch umfangreicher sind, als ursprünglich angenommen wurde. In der Zentralweichenstellung in Offenburg haben sich gleichfalls schwere Schäden herausgestellt, für deren Beseitigung erst verschiedene Bestandteile beschafft werden müssen. Infolgedessen erleidet die Wiederaufnahme des Durchgangsverkehrs Frankfurt-Freiburg-Basel eine nicht unerhebliche Verzögerung.

Freiburg, 10. Dez. Vor einigen Tagen wollte eine 29 Jahre [illegible] Mechanikersfrau mit ihren drei im zartem Alter befindli[illegible] Kindern dadurch Selbstmord begehen, daß sie sich auf die [illegible] der Breisacher Bahn legte. Die Tat wurde durch [illegible] vereitelt. Die Frau sprang mit ihren Kindern [illegible] in den Friedhof; da sie verwirrte Angaben [illegible] nach der Klinik gebracht.

[illegible] Dez. Ueber eine Frechheit von Sonder[illegible] „Schwetz. Ztg." zu berichten: „Gestern nach[illegible] hiesige Bürgermeisteramt von Ludwigshafen [illegible] angerufen. Zunächst meldete sich das „Bezirks[illegible]", dann der „Oberste Polizeikommissar für die besetzten Gebiete". Bekanntlich wurde von der Gendarmerie vor einigen Tagen die Frau eines Separatisten aus Hockenheim verhaftet, die am rechten Rheinufer ein ganzes Warenlager in Empfang nahm, das ihr Mann in der Pfalz „erworben" hatte, und zwar — wie der „Herr Oberste Polizeikommissar" am Telephon behauptete — „rechtmäßig" erworben hatte. Der Herr Polizeikommissar erklärte nun weiter am Telephon: Die Frau ist unschuldig verhaftet worden. Wenn Sie die Frau nicht innerhalb 24 Stunden freilassen, werden fünf angesehene Männer aus Schwetzingen als Geisseln verhaftet und im Auto in die Pfalz gebracht." Eine ähnliche Drohung versuchten die Separatisten vor einigen Tagen auch in Mannheim an den Mann zu bringen.

Vermischtes.

Die Finanzierung des Deutschen Museums. Das Deutsche Museum benötigt zur Vollendung noch 500 000 Goldmark. Sie sollen bezahlt werden: ein Drittel vom Reich, ein Drittel von Bayern und ein Drittel von der Industrie. Bis jetzt hat das Deutsche Museum 15 Millionen Bayern, 2½ Millionen das Reich, 1 Million München, 2½ Millionen das Reich, 1 Million München und 9 Millionen die Industrie.

Ungetreuer Beamter. Die Frankfurter Kriminalpolizei verhaftete den städtischen Kanzleisekretär Roeb, der die Stadthauptkasse um etwa 2 Billiarden mit Hilfe einer gefälschten Quittung betrogen hat. Unter einem Dachboden versteckt fand man den unterschlagenen Betrag bis auf 900 Billionen vor. Diese 900 Billionen hat der Verhaftete für Weihnachtsgeschenke und Anschaffung von Kleidern für den Winter verwendet.

Was ist ein Schieber? Die Antwort auf diese Frage kann man aus folgendem Geschichtchen entnehmen, das die „Papierzeitung" erzählt: Ich bin verheiratet. Da läßt sich nichts machen. Meine Frau hält es seit einiger Zeit für angebracht, mich aufzumuntern. Weiß Gott, das kann man heute brauchen. So meint sie zum Beispiel: „Sieh dir unsern Nachbarn B. an. An dem kannst du was lernen. Seine Frau hat schon wieder einen neuen Hut und er kauft sich ein Auto. Und du behauptest da, die Geschäfte gingen schlecht!" Ich habe es im Laufe meiner Ehe verlernt, zu widersprechen und besuche daher unsern Nachbar, um bei ihm etwas zu lernen. Schließlich möchte ich auch ganz gerne ein Auto haben. Ich setze mich in einen schönen Klubrhestuhl und sehe mich um. Besonders arbeitsam sieht es im Büro nicht aus. Zwei Telephone und eine Sekretärin. „Ist das Ihre Fabrik?" frage ich. „Ja", meint er, „wir fabrizieren nicht, wir sind Großkaufleute. Ich handle in Chemikalien, Seife, Fett, Margarine und Klavieren. Manchmal auch andere Sachen, aber nur große Objekte, wo was hängen bleibt. Ich brauche keine Reklame oder Organisation. Alles wird telephonisch erledigt. Nur einige Zeitschriften habe ich. Hier steht zum Beispiel, daß jemand Glaubersalz sucht, dort, daß jemand einen Restposten Glaubersalz zu verkaufen hat. Den einen frage ich, was er für die Ware verlangt, 10 Minuten später biete ich sie dem andern mit entsprechendem Aufschlag an. Risiko gering. Unkosten ebenso, Verdienst gesichert. Was meinen Sie?" — „Ich wollte nur fragen, ob Sie die Ware vorher ansehen, prüfen? Man muß ja in Ihrem Fall eine ungeheure Warenkenntnis haben, denn Sie müssen Glaubersalz, Margarine, Seife, Klaviere und so weiter fachmännisch beguachten können." — „Unsinn, mein Lieber. Für den Großkaufmann ist alles gleich. Ob ich Stiefel verkaufe oder Seidenspinnen, die Hauptsache ist der Verdienst, verstehen Sie? Nur so wird man etwas." Ich bedankte mich und versprach, es ihm gleich zu tun. Nun wartet meine Frau auf den Erfolg. Ich auch. E. D., Leipzig.

Die Nachkommen des Generals Blücher lassen sich in England nieder? Die Nachkommen des Generals Blücher sind in London angekommen, um sich auf Guernsey niederzulassen. Sie haben ihr Familiengut, das in dem an die Tschechei abgetretenen Teile Oberschlesiens liegt, verlassen, um sich in England anzusiedeln.

Das Ende eines schönen Pfands. Einige Monate vor dem Krieg schenkte eine Witwe Wulf der Stadt Halberstadt eine Million Goldmark zur Erbauung eines Waisenhauses. Die Grundmauern waren schon gelegt, da brach der Krieg aus. Nach dem Krieg war an die Weiterführung der Arbeiten zunächst nicht zu denken und mittlerweile ist die Goldmillion in nichts aufgegangen, da die Stadtverwaltung versäumt hatte, sie wertbeständig anzulegen. Der Plan ist aufgegeben worden; das vorhandene Baumaterial ist längst gestohlen.

Ende der Buchhändlerschlüsselzahl. Die Umgestaltung der gesamten Wirtschaft auf Goldrechnung und die Einführung neuer Zahlungsmittel machen für den Buchhandel die Fortführung einer besonderen Schlüsselzahlrechnung zum Ausgleich der Geldentwertung entbehrlich. Infolgedessen wird im unbesetzten Gebiet fortan der für ein Buch zu entrichtende Betrag aus dem Goldmarkpreis an Hand des letzten amtlichen Berliner Mittelkurses des Dollars ermittelt.

Fabrik für englische Pfundnoten. In Tullnerbach bei Wien wurde von der Polizei eine Banknotenfälschermerkstätte ausgehoben. Die Fälscher, durchwog Ausländer, wurden verhaftet. Es wurden gefälschte englische Pfundnoten im Betrag von 500 000 Pfund Sterling und etwa 153 Milliarden österreichischer Kronen beschlagnahmt.

Die früheren kaiserlichen Jachten „Meteor" und „Iduna" sind, wie aus Holland gemeldet wird, nunmehr verkauft worden. Der dem Kaiser gehörige „Meteor" soll in den Besitz eines Franzosen aus Havre übergegangen sein, während die „Iduna" von dem Amerikaner Sir Herbert Howland erworben wurde. Beide Jachten verbleiben den Winter über in dem Jachthafen von Rotterdam, um im nächsten Frühjahr in ihre neuen Häfen übergeführt zu werden.

Eine resolute alte Dame. In Marseille drang vor einigen Tagen gegen acht Uhr abends eine bewaffnete Bande von fünf Männern in die Villa einer wohlhabenden Marseiller Familie, die gerade beim Abendessen saß. Mit den Revolvern in den Händen zwangen die Banditen nicht nur die Familienmitglieder, sondern auch das Hauspersonal, sich ruhig zu verhalten, und machten sich daran, die Wohnung auszuplündern. Sie würden ihren Zweck sicherlich erreicht haben, wenn es nicht der Großmutter, einer resoluten Dame von siebzig Jahren, gelungen wäre, aus dem Speisezimmer zu fliehen und sich in einem Kasten auf dem Gang zu verstecken. Von dort aus konnte sie den Gärtner herbeirufen, der mit seinem Gewehr zu Hilfe eilte und, als die Verbrecher auch ihn bedrohten, einen Banditen mit einem Schrotschuß niederstreckte. Während die Spießgesellen entkamen, konnte dieser Mann der Polizei übergeben werden. Durch seine Angaben gelang es, die ganze Bande festzunehmen. In ihr befand sich ein früherer Diener der überfallenen Familie, der vor kurzem entlassen worden war und bei seinem Weggang Drohungen gegen seinen Dienstgeber ausgestoßen hatte.

Hochwasser in der Kampagna. Die unaufhörlichen Regengüsse der letzten Tage haben den Tiber derartig anschwellen lassen, daß er einen Wasserstand von 14 Meter erreicht hat und kaum noch unter den vielen Brücken Roms durchfließen kann. Die ganze Landschaft zu beiden Ufern des Tibers steht unter Wasser. Die Bevölkerung dieser Gegenden hat ihre Wohnungen verlassen. Opfer an Menschenleben sind jedoch bisher nicht zu beklagen. Auch die tieferliegenden Barocke Roms stehen unter Wasser. Auch Orta und Todi und andere Städte sind überschwemmt. Der Anione-Fluß, welcher den berühmten Wasserfall von Tivoli bildet, führt derartiges Hochwasser, daß man ihn in die alten Kanäle, welche noch aus der römischen Kaiserzeit stammen, ablenken mußte. Diese Kanäle leisten heute gute Dienste. Die jetzige Hochwasser-Katastrophe stellt sich als die größte der ganzen letzten Jahrhunderte dar. Die größte Gefahr scheint nunmehr vorüber, da das Wetter umgeschlagen ist und das Wasser sichtbar sinkt. — Auch aus Fiume wird gemeldet, daß der Eneo-Fluß, die zukünftige Grenze zwischen Italien und Südslavien, ungeheuer viel Wasser mit sich führt.

Amerika für deutsche Einwanderer vorläufig verschlossen. Die Ausreise des neuen Lloyd-Dampfers „Columbus" ist ganz unerwartet abgesagt worden. Das Schiff, das nach Kreuzgat fahren sollte, wird nun bis in den Sommer hinein stilliegen müssen. Das hängt damit zusammen, daß vorläufig für deutsche Einwanderer Amerika ein verschlossenes Land ist. Anfang Dezember sind noch einmal 5000 polnische, deutsche und italienische Einwanderer in Newyork angekommen; sie haben die Quote, die für die deutsche Einwanderung freigegeben ist, fast ganz erschöpft. Es blieb zwar noch für ein paar hundert Einwanderer die Bahn frei, doch muß man annehmen, daß inzwischen diese Zahl erreicht, wenn nicht überschritten worden ist. 15 große Länder hatten schon vor dem Dezember ihre Einwanderungsquote vollkommen verbraucht. Mittlerweile wird das wohl für das gesamte Ausland der Fall sein, so daß nunmehr bis Ende Juni die Einwanderung nach Amerika vollständig stilliegt. Am 1. Juli beginnt in Amerika das neue fiskalische Jahr und von da an läuft die neue Quote wieder. Das wird am 1. Juli ein schönes Wettrennen werden!

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 11. Dez. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 56 Ochsen (unverkauft), 10 Bullen, 66 Jungbullen, 60 Jungrinder, 83 (12) Kühe, 492 Kälber, 456 (70) Schweine, 86 Schafe. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennigen: Multiplikator 1 Billion: Ochsen 1. 38—40 (letzter Markt: 36—40), 2. 26—34 (26—33), Bullen 1. 32—36 (30—34), 2. 25 bis 30 (21—28), Jungrinder 1. 39—42 (37—40), 2. 32 bis 36 (30—34), 3. 24—28 (23—26), Kühe 1. 30—35 (unv.), 2. 20—28 (18—26), 2. 10—18 (8—15), Kälber 1. 51 bis 54 (52—55), 2. 47—50 (46—50), 3. 36—44 (38 bis 44), Schweine 1. 92—95 (110—112), 2. 84—90 (98 bis 105), 3. 70—80 (85—95). Verlauf des Marktes: ruhig, Ueberstand in allen Gattungen.

Stuttgart, 12. Dez. (Vom Wochenmarkt.) Heute galten folgende Richtpreise: Edeläpfel 20—22 Pfg., Tafeläpfel 15 bis 20, Spalierbirnen 25—30, Tafelbirnen 15—25, Schnitz 45, Dörrzwetschgen 45—50, Nüsse 100—120 das Pfund, Kraut 1.5—1.8, Rotkraut 8—10, Köhl 5—8, Gelbe Rüben 4—8, Rote Rüben 7—11, Zwiebeln 15—20, Schwarzwurzeln 40—50, Bodenkohlraben 1—3, Grünkohl 8—12, Spinat 20—25 das Pfund, Rettiche 3—8, Rosenkohl 10 bis 28, Sellerie 4—18, Endiviensalat 4—15 das Stück, Landbutter 280, Schweineschmalz 120—130, Margarine 95 bis 110, Schmelzmarg. 100—120, Palmin 100, Cocosfett 80—90, Speisef. 100—110, Rinderf. 100, geräucherter Speck 250, Fettgänse 130 d. Pfd., Emmentalerkäse 220, Schweizer 200, Tilsiter 150, Rahm 175, Backstein 100—120 das Pfund, Kräuterkäse 10 der Stöpfel, Camembert 200 die sechsteilige Schachtel, Gervais 45 das Stück, Mehl 25, Teigwaren 35—80, Gerste 30—35, Haferflocken 40—45, Reis 35—40, Erbsen 36 bis 40, Bohnen 40, Linsen 40—60, Kunsthonig 80—85, Milchpulver 140, Sauerkraut 10 das Pfund, Dosenmilch 75—200, frische Eier 25, Kalkeier 20, Fleckeier 15—18 das Stück, Kartoffeln 6 das Pfund 500 der Zentner.

Stuttgart, 11. Dez. Der Stuttgarter Monatspferdemarkt war mit 210 Pferden befahren. Die Preise bewegten sich für leichte Pferde zwischen 100 und 200 G.M., für mittlere zwischen 300 und 800 und für schwere zwischen 800 und 1800 G.M. Ausnahmsweise wurden 3000 G.M. erzielt. Der Markt war gut besucht, der Verkehr lebhaft, doch verhielt sich der Handel im Abschluß fester Käufe zurückhaltend. Der nächste Monatspferdemarkt findet am 14. Januar statt. — Auf dem mit dem Pferdemarkt verbundenen Hundemarkt waren alle Rassen vertreten. U. a. waren zugeführt 102 große und 6 junge Hunde. Die Preise schwankten zwischen 4 und 25 Goldmark.

Reutlingen, 10. Dez. Auf der Schranne wurden verkauft: 12,6 Ztr. Weizen, 12,76 Ztr. Gerste, 25,11 Ztr. Haber, 4,82 Ztr. Alber Dinkel. Preis per Ztr.: Weizen 12,50—14 G.-M., Gerste 10,50—12,76, Haber 8,50—10, Alber Dinkel 10—11 G.-M.

Ravensburg, 10. Dez. Bei mäßiger Zufuhr entwickelte sich bei lustlosester Haltung auf der letzten Schranne ein mäßiger Umsatz. Es notierten per Doppelztr. in Goldmark: Weizen 24—28, Dinkel 15—17, Roggen 20, Braugerste 16—22, Hafer 11—21. Viel Getreide blieb unverkauft.

Vom Geldmarkt.

Angebot auf dem Geldmarkt.

Stuttgart, 11. Dez. Während von Frankfurt ein sehr großes Angebot an Geld gemeldet wurde, war der Markt in Stuttgart etwas zurückhaltender und im wesentlichen gegenüber dem Vortage wenig verändert. In Frankfurt war tägliches Geld [illegible] Prozent Br., Monatsgeld 70 Prozent Br. In Stuttgart wurde tägliches Geld zu 1½ Prozent in nicht bedeutendem Umfange aufgenommen und zu 2½ Prozent weitergegeben. Die Aufnahmefähigkeit des Marktes war bei der weiterhin festzustellenden Zurückhaltung nicht sehr groß, wie überhaupt das Angebot nicht nur auf dem Geldmarkt, sondern auch auf dem Effektenmarkt und, wie uns heute aus Frankfurt gemeldet wird, auch auf dem Devisenmarkt von Tag zu Tag größer wird.

Berlin, 11. Dez. Der Geldmarkt bleibt stark flüssig mit ¼ bis ½ Prozent, ohne daß das Geld zu diesen Sätzen unterkommt, da absolut keine Neigung besteht, mit geliehenem Gelde neue Käufe zu tätigen. Im Ausland behält die Mark ihre Stabilität mit verhältnismäßig geringen Schwankungen bei. Der New-Yorker Kurs gibt eine hiesige Parität von 1 Billionen für den Dollar, während in London die Mark eine kleinere Abschwächung erfuhr, was aber wohl nur mit der allgemeinen Aufbesserung des englischen Pfunds in Zusammenhang zu bringen ist.

Trotz dieses augenblicklich günstigen Standes hegt man in Börsenkreisen für die Zukunft die allerschwerste Besorgnis. Ganz allgemein hofft man in diesen Kreisen, daß das Ausland sich entschließen wird, dem deutschen Reich zur Sanierung der Finanzen einen Kredit zu gewähren. Gerüchtweise verlautet, daß demnächst Verhandlungen beginnen werden, die einen solchen Kredit zum Ziele haben. Amtlich wurden die Devisen

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

unverändert festgesetzt bei einer Zuteilung von 4 Pro- für den Dollar und das englische Pfund. Goldanleihe Dollarschätze waren heute in großem Umfang angeboten, konnte die Reichsbank sämtliches an den Markt kommendes Material aufnehmen.

Neueste Nachrichten.

München, 11. Dez. Amtlich wird mitgeteilt, daß der in München gebildete Kampfbund deutscher Offiziere, nach den polizeilichen Feststellungen sich als Fortsetzung aufgelösten Kampfverbands, sowie als Geheimverbindung stellt, mit Beschluß der Polizeidirektion verboten und auf- wurde.

Augsburg, 11. Dez. Nach der „Augsburger Post- hat der bayrische Finanzminister Dr. Krausneck sein Rücktrittsgesuch formell noch nicht zurückgezogen. Ein Weg, das Verbleiben in seinem Amt zu ermöglichen, wäre den Plan gegeben, daß die Durchführung der Spar- maßnahmen dem Ministerpräsidenten übertragen wird.

Berlin, 11. Dezbr. Zwischen der Ruhrindustrie und Industriekonzernen Lothringens schweben Verhandlungen über Abkommen von Ruhrkoks gegen Lothringer Erze. Der Goldumrechnungssatz für die Reichssteuern beträgt 12. Dezember 1923 eine Billion. — Der Dollar erfuhr Veränderung.

Hindenburg, 11. Dezbr. Aus bisher nicht bekannter brach gestern auf den staatlichen Delbrückschächten Tags ein Grubenbrand aus, dem um 1 Uhr nachts Explosion folgte. Von den in der Nähe befindlichen haben 13 Mann schwere Brandwunden davon die dem Krankenhaus zugeführt wurden. Fünf sind noch eingeschlossen, ihre Rettung ist zweifelhaft.

Paris, 11. Dez. Havas zufolge wird aus Mexiko be- daß die Revolutionäre den General Perlanga, den gefangen genommen hatten, erschossen haben.

Amsterdam, 11. Dez. Der Internationale Gewerk- hat eine Eingabe an den Völkerbundsrat in gerichtet, worin auf die in Deutschland herrschende Not hingewiesen und der Rat aufgefordert wird, Maßnahmen zu erwägen, die ergriffen werden um die deutsche Bevölkerung vor dem drohenden zu bewahren und die deutsche Jugend vor der drohenden Demoralisation zu schützen. (Vergebliches Schriftl.)

Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs im Offenburger Bezirk.

Offenburg, 11. Dez. Zur Wiederaufnahme des Eisenbahn- erfahren wir von zuständiger Seite, daß gestern abend Besprechungen zwischen den deutschen und französischen Behörden stattfanden und daß dort die Wiederaufnahme des beschlossen wurde. Das deutsche Personal kehrt, so zunächst erforderlich, von heute ab in den Dienst zurück, mit den Vorbereitungen zur Wiederaufnahme des Betriebs beginnen. Der Schnell- und Personenzugsverkehr über Of- wird am 13. Dezember 1923 in vollem Umfange wieder aufgenommen. Eine beschränkte Zahl von Personenzügen bereits am 12. Dezember. Der Verkehr Appenweier— Straßburg wird gleichfalls am 12. Dezember aufgenom- der deutsche Güterzugsverkehr am 13. Dezember.

Französische Erpressungsmanöver in der Pfalz.

München, 11. Dez. Die Franzosen verfolgen zurzeit in Pfalz eine neue Methode, um ihrer annexionistischen Politik der Welt den Schein einer moralischen Berechtigung zu Vereint mit den Separatisten versuchen sie zu diesem landauf, landab in der Pfalz von den Landbürgermeistern Loyalitätserklärungen zu erpressen, oft mit vorgehaltenem Re- oft mit Drohungen anderer, nicht minder gewaltsamer Bezeichnend ist die Tatsache, daß auch französische Bezirks- die Loyalitätserklärungen mit allen möglichen Schi- zu erlangen versuchen. In den verlangten Loyalitäts- sollen die Bürgermeister erklären, daß sie die Lage in der Pfalz, wie sie nach den separatistischen nach französischer Ansicht sich darbietet, anerkennen sollen sie sich verpflichten, den Anordnungen der neuen separatistischen Gewaltregierung Folge zu leisten. Wo sich die Bürgermeister bis jetzt gewehrt haben, wird mit Freiheitsentzug bis die Unterschrift unter die Loyalitätserklärung gege- Auf eine solche Art und Weise wollen die Franzosen viel Loyalitätserklärungen „sammeln", um der Welt können, die Mehrzahl der pfälzischen Gemeindebehör- und damit die Mehrzahl der pfälzischen Bevölkerung sei der Lostrennung der Pfalz und mit der Anerkennung der separatistischen Regierung einverstanden. Auf einer solchen gedenken dann die Franzosen solange weiterzuarbeiten, ihr Ziel, die Schaffung eines Pfalzstaates unter fran- Protektorat, erreicht haben. — In Landau in der Pfalz die Franzosen sämtliche rechtsrheinischen Zeitungen, sowie „Saarbrücker Zeitung" auf drei Tage verboten. In Pir- wurde der Amtsrichter Dr. Rittersbacher von den Se- verhaftet und nach Speyer gebracht.

Hinter den Kulissen der Sonderbündelei.

Berlin, 11. Dez. Die Belege, die den Separatismus immer beleuchten, häufen sich von Tag zu Tag. Immer deut- geht aus ihnen hervor, daß die Führer fast ausnahmslos mit französischem Geld bestochene Elemente sind und im Hintergrund der ganzen Bewegung die französisch-bel- Militärbehörden und ihre Auftraggeber in Paris und stehen. Aus der genauen Aufstellung über die von den im Koblenzer Schloß geraubten Gegenstände geht daß zahlreiche Möbel von unersetzlichem Wert zertrüm- oder verschleppt, wertvolle Gemälde aus dem Rahmen geschnitten und verschwunden sind. Am meisten hat das in dem Schloß untergebrachte städtische Museum zu leiden gehabt. Aeußerst lehrreich ist das Material, das nach Vertreibung der Separatisten in dem Aachener Rathaus vorgefunden wurde. Da findet sich ein Stoß von Glückwunschdepeschen aus allen Teilen Frankreichs und Belgiens an „Mr. Leon Deckers". Das berüchtigte Comite de la Rive gauche du Rhin drahtet: „Begeisterte Glückwünsche dem energischen rheinischen Befreier seiner Heimat." Daneben liegt ein Schreiben des belgischen Bezirksdelegierten in Aachen mit der Mitteilung, daß die Bitte um militärischen Schutz „unverzüglich an die zuständige militärische Stelle" weitergeleitet worden sei. Einen besonderen Beweis von Charakter- und Würdelosigkeit hat soeben noch der bekannte Sonderbündler Josef Smeets geliefert. Smeets, der jetzt vorgibt, Präsident der freien rheinischen Aktion zu sein, bat der Witwe des verstorbenen französischen Akademikers und Abgeordneten Barres ein Beileidschreiben übermittelt, in dem er erklärt, in den Herzen der Rheinländer, sowie in der Geschichte ihrer separatistischen Bewegung bleibe der Name Barres mit unvergeßlichen Lettern eingeschrieben!

Die Mietzinsregelung.

Berlin, 11. Dez. Halbamtlich wird mitgeteilt: Durch falsche Informationen von offenbar nicht zuständiger Stelle sind in die Presse einseitige Darstellungen über die künftige Gestaltung der Mietzinsbildung gelangt. Diesen Darlegungen gegenüber wird folgendes festgestellt: Die Reichsregierung hat sich zurzeit über die Gestaltung der Mietzinsregelung noch nicht entschieden. Es kann im Augenblick nur soviel gesagt werden: Eine allmähliche Steigerung der Mieten muß selbstverständlich nach Zeit und Höhe wirtschaftlich tragbar sein. Dabei muß dafür gesorgt werden, daß die Instandhaltung des Hausbesitzes gewährleistet wird, sowie daß die Mieten zur Deckung der Betriebs- und Verwaltungskosten einschließlich der Verzinsung des vom Hausbesitzer investierten Kapitals ausreichen. Andererseits ist jeder hiernach unberechtigte Wertzuwachs, der durch die Mietensteigerung in Verbindung mit der Entwertung der auf dem Hausbesitz liegenden dinglichen Lasten dem Hausbesitzer zugehen würde, der öffentlichen Hand zuzuleiten.

Die Grundlinien des deutsch-amerikanischen Handels-Vertrags.

Berlin, 11. Dez. Ueber die Grundlinien des am 8. Dezember in Washington unterzeichneten Handelsvertrags zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland erfahren wir folgendes: Die Grundlage des Vertrages bildet die Gewährung der beiderseitigen Meistbegünstigung. Der Vertrag geht über das rein wirtschaftliche Gebiet weit hinaus und greift auch auf rechtliche, kulturelle und andere Fragen über. In dem Vertrag finden u. a. folgende Punkte ihre Regelung: **Einreise, Niederlassung, Erwerb und Uebertragung von beweglichem und unbeweglichem Eigentum, Ausübung des Handels- und Gewerbebetriebs, Zulassung und Gründung von Gesellschaften, die Beteiligung an ihnen und ihre Besteuerung, die Aus-, Ein- und Durchfuhrfrage und die der Handelsreisenden und des Musterverkehrs.** Den integrierenden Bestandteil des Vertrages bildet ein eingehendes Konsulatsabkommen. Die Geltungsdauer beträgt 10 Jahre vom Tage der Ratifikation ab. Nach Ablauf dieser Zeit gilt einjährige Kündigungsfrist.

Entscheidende Beschlüsse über die Rheinlandfrage.

Berlin, 12. Dez. Das Reichskabinett hat nach erneuter eingehender Beratung der Lage und der Erfordernisse des besetzten Gebietes eine Reihe von Maßnahmen, die im besetzten Gebiet zur Durchführung kommen sollen, beschlossen. Die Rentenmark soll wegen der Gefahr der Beschlagnahme und weil ihre Zündierung im besetzten Gebiet bis jetzt noch nicht erfolgt ist, im besetzten Gebiet amtlich nicht eingeführt werden, doch bestehen gegen die Verwendung der Rentenmark im Postscheckverkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet keine Bedenken. Zur Erleichterung des Ueberganges von der bisherigen Notgeldwirtschaft zur Einführung des wertbeständigen Notgeldes werden noch Verhandlungen mit der Reichsbank geführt werden, die Aussicht auf Erfolg haben. Die Schaffung von wertbeständigem Notgeld auf der vom Reichsfinanzministerium mit den Vertretern des besetzten Gebietes vereinbarten Grundlage soll unverzüglich und mit Nachdruck durchgesetzt werden. Die Ausgabe von wertbeständigem Notgeld ist in wenigen Wochen zu erwarten. Den Gemeinden und Kommunalverbänden des besetzten Gebietes soll durch Verordnung die Befugnis erteilt werden, im Wege eines einfachen Gemeindebeschlusses die Zahlung aller Abgaben und Gebühren an die Gemeinden in wertbeständigem Notgeld anzuordnen. Gegen die Errichtung der geplanten rheinischen Goldnotenbank bestehen im Kabinett erhebliche Bedenken. Insbesondere ist vor der endgültigen Entscheidung in erster Linie die Frage zu klären, ob die Rheinische Goldnotenbank in der künftigen Zentralnotenbank aufgehen wird. Um den Gemeinden die nötigen Einnahmen zu sichern, sollen die Reichsanteile an der Einkommen- und Körperschaftssteuer, sowie Zweidrittel des Reichsanteils an der Umsatzsteuer den Gemeinden, in deren Bezirk sie aufkommen, als Kassenvorschüsse überlassen bleiben. Den Gemeinden wird ein Zuschlagsrecht zur Umsatzsteuer eingeräumt. Entsprechend den Wünschen des besetzten Gebietes und aller politischen Parteien soll das besetzte Gebiet auch weiterhin in der Erwerbslosenfürsorge nach den gleichen Grundsätzen wie das übrige Deutschland behandelt werden. Die im Uebergangsetat für die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge bis zum 31. März 1924 verfügbaren Mittel sollen nach Erschöpfung der für die Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet zunächst ausgeworfenen 88 Millionen Goldmark in gleichen Sätzen für das besetzte und das unbesetzte Gebiet zur Verfügung gestellt werden und zwar mit der Maßgabe, daß Länder und Gemeinden zu dem kontingentierten Reichszuschuß mindestens in Höhe ihres gesetzlichen Anteils beisteuern. Die Kurzarbeiterfürsorge muß künftig abgebaut werden. Es soll ferner die Gewährung der Erwerbslosenfürsorge verweigert werden, wenn vorhandene Arbeit ohne triftigen Grund nicht angenommen wird. Im übrigen sollen die bereits eingeleiteten charitativen Maßnahmen so nachdrücklich wie möglich weitergeführt werden und vom Reichswirtschaftsminister sollen alle sachdienlichen Mittel angewandt werden, um namentlich durch entschlossenes Vorgehen gegen die Ausschreitungen des Kartellwesens eine Senkung des Preisniveaus zu erreichen. Die Fürsorge für die Gefangenen und für die ausgewiesenen Beamten und Privatpersonen soll mit der Maßgabe weitergeführt werden, daß im Hinblick auf die Finanzlage auf Einschränkungen und Ersparnisse bei der Ausgewiesenenfürsorge noch strenger als bisher hingewirkt werden soll. Für die Ansprüche aus dem Okkupationsleistungsverfahren, dem Personenschädengesetz und den Richtlinien für die Entschädigungen für Ausgewiesene, bleiben die bisherigen Beschlüsse des Reichskabinetts mit den darin vorgesehenen Einschränkungen aufrecht erhalten. Die Reichsregierung steht in voller Uebereinstimmung mit dem preußischen Staatsministerium auf dem Standpunkt, daß staatsrechtliche Veränderungen des besetzten Gebietes nur auf verfassungsmäßigem Wege vollzogen werden können. Sie lehnt daher nachdrücklich jede Bewegung ab, welche außerhalb der in der Reichsverfassung vorgesehenen Wege staatsrechtliche Veränderungen des besetzten Gebietes vollziehen oder vorbereiten würde. Die Reichsregierung erstrebt zur Linderung der unerträglich gewordenen Besatzungslasten, zur weiteren Belebung der Wirtschaft, zur Befreiung der Gefangenen, Rückkehr der Ausgewiesenen und überhaupt zur Lösung aller Fragen des besetzten Gebietes möglichst bald in unmittelbare Verhandlungen mit den Besatzungsmächten zu kommen.

Die ungenügenden Beamtengehälter.

Berlin, 11. Dez. Die Blätter veröffentlichen einen Brief des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt von Maltzahn, worin darauf hingewiesen wird, daß die neuen Goldgehälter der Beamten den schärfsten Protest der Beamten des Auswärtigen Amtes hervorgerufen hätten und auch nach seiner Ansicht nicht tragbar seien. Gehälter, die bei einer Verteuerung des Lebensunterhaltes auf das Doppelte noch nicht die Hälfte des Friedensgehaltes betrügen, würden das gesamte Beamtentum völlig zugrunde richten. Ein Versagen der Beamtenschaft gerade in der gegenwärtigen politisch schwer gespannten, vielleicht aber nicht ganz aussichtslosen Lage würde außenpolitisch verhängnisvoll sein. Für das Auswärtige Amt müsse er jede Verantwortung für die Folgen einer solchen Politik ablehnen. Wie die „Deutsche Tageszeitung" erfährt, lief als Antwort auf den Brief des Staatssekretärs von Maltzahn ein Schreiben des Reichsfinanzministers ein. Als unmittelbare Folge dieses Schreibens, hat, wie verlautet, Maltzahn ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragt.

Berlin, 11. Dez. Das Reichskabinett hat sich heute erneut mit der Frage der Beamtenbesoldung befaßt und trotz der Niederschrift der Staatssekretäre die Regelung der Beamtengehälter gutgeheißen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß bei einer allgemeinen Steigerung der Mieten durch eine Aenderung der Gesetzgebung unmittelbar oder mittelbar eine Erhöhung der Wohnungsgelder in Aussicht genommen ist. Ferner ist selbstverständlich, daß die Gehälter eine Besserung erfahren müssen, sobald die öffentliche Finanzen wieder einigermaßen in Ordnung sind. Gerade die jetzige äußerste Einschränkung ist aber eine Voraussetzung dafür, daß eine solche Besserung überhaupt erzielt werden kann.

Die Schweiz als „Leidtragende" der Regie.

Zürich, 11. Dez. Der Berner Korrespondent des „Züricher Tagesanzeigers" bespricht unter der Ueberschrift „Die Schweiz als Leidtragende" die Rückwirkung der französisch-belgischen Eisenbahnregie auf die Schweiz und gelangt zu der Schlußfolgerung, daß bei deren Verwirklichung entweder die Schweiz die hohen Frachtsätze der Regie bezahlen müßte, womit aus ihrer Haut zum großen Teil die Gewinne zur Deckung der Reparationsschulden geschnitten würden, oder daß sie für Import und Export ausschließlich den französisch-belgischen Wegen ausgeliefert sei. Das Schweizer Interesse aber gehe dahin, möglichst viele Wege für die Ein- und Ausfuhr offen zu haben, die sich gegenseitig unterbieten. Mit der Regie könne der holländische, der italienische und der deutsche Weg durch Konkurrenzmaßnahmen ohne weiteres ausgeschaltet werden. Was für die Eisenbahn gelte, gelte auch für die Rheinschiffahrt. Wer die Eisenbahnzufahrtslinien zu den Rheinhäfen in der Hand habe, habe auch den Rhein selbst in der Hand. Die Schweiz werde also mit ihrer Gesamtwirtschaft ohne wirksames Gegenmittel der französisch-rheinischen Verkehrs- und Tarifdiktatur ausgeliefert. Anders sei es aber, wenn die Bahnen des Rheinlandes in dem Gesamtnetze der deutschen Eisenbahnen blieben würden. Sie müßten dann allerdings an den Reparationen mittragen; aber gerade deshalb hätte die Reichsbahn ein Interesse daran, aus diesen fruchtbaren Zweig ihres Netzes recht vielen Verkehr zu ziehen. Da ihr die Möglichkeit von Ausnahmetarifen zugunsten des eigenen Verkehrs fehle, könne sie das nur, wenn sie die Taxen des ganzen Netzes niedrig halte. Der Wettbewerb holländischer und deutscher Häfen gegen die belgisch-französischen Häfen würde einen neuen Anreiz erhalten. Den Nutzen daraus würden die Schweiz, Holland und Italien ziehen. Im Plane Italiens und sogar in den Absichten des Reparationsplans Belgiens, der wohl bei einem Uebergewicht der französischen Beteiligung auch für Antwerpen Befürchtungen gebe, solle es liegen, daß die Einnahmen der ungeteilten deutschen Eisenbahn zugunsten der Reparationskommission verpfändet werden könnten. In gleicher Richtung dürften auch die Schweizer Interessen gehen.

Nach den englischen Wahlen.

Wie aus London gedrahtet wird, soll der Führer der englischen Arbeiterpartei, Ramsay Macdonald, für den Fall, daß das gegenwärtige Kabinett bis Anfang Januar im Amte zu bleiben beschließen werde, am 14. oder 15. Januar ein Mißtrauensvotum einzubringen beabsichtigen, indem das Unterhaus für die ungesetzmäßige Verabschiedung des vorigen Parlaments einen Tadel aussprechen soll. Dieser Antrag, der an das Mißtrauensvotum anknüpft, wird alsdann von der Arbeiterpartei und den Liberalen im Unterhaus gemeinsam eingebracht werden.

London, 12. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: Das Kabinett hat einstimmig entschieden, daß es nach der Verfassung seine Pflicht sei, das Parlament so bald wie möglich einzuberufen. Das Parlament tritt daher, wie festgesetzt, am 8. Januar zusammen.

Feurio
Feurio ist mild und ohne Schärfe,
schont daher die Wäsche.
Feurio enthält 80% Fett,
ist daher sparsam im Gebrauch.
Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.-G.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Billigung der Teilnahme wirtschaftlicher Sachverständiger durch Amerika an den Untersuchungsausschüssen der Reparationskommission.

Washington, 12. Dez. Vom Weißen Haus wird mitgeteilt, daß die Regierung die Teilnahme amerikanischer Sachverständiger an den Untersuchungsausschüssen der Reparationskommission günstig ansehe. Es wird betont, daß während die Regierung selbst nicht in der Lage sei, offiziell an den Ausschüssen teilzunehmen, oder offizielle Vertreter dazu zu entsenden, die Teilnahme amerikanischer Wirtschaftssachverständiger oder privater Einzelpersonen gebilligt werden würde. Die Tatsache, daß die Einladung an Amerika zur Teilnahme von allen alliierten Regierungen und ebenso von Deutschland unterstützt wird, wird als bedeutungsvoll betrachtet, da man stets auf der Einstimmigkeit der europäischen Mächte als Voraussetzung für die Sicherung wirksamer amerikanischer Hilfe bestanden habe. Das amerikanische Interesse an der Untersuchung wird hier vornehmlich auf die Tatsache zurückgeführt, daß die amerikanische Regierung eine Hauptgläubigerin Deutschlands sei.

Hoovers Bericht über die Lage Deutschlands.

Washington, 11. Dez. Der amerikanische Handelsminister Hoover hat dem Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Repräsentantenhauses gestern einen ausführlichen Bericht über die Ernährungslage in Deutschland eingereicht, der dazu bestimmt ist, anzugeben, warum Präsident Coolidge zugelassen hat, daß die deutsche Regierung eine Nahrungsmittelanleihe in Amerika aufnimmt. Der Bericht stellt fest, daß Deutschland im laufenden Wirtschaftsjahr bis zu 50 Millionen Bushels Getreide sowie insgesamt 700 000 Tonnen Speck einführen müsse. Hoover fährt dann wörtlich fort: „Die positive Lösung des Problems besteht in der Schaffung eines ausländischen Handelskredites für Lebensmittel. Eine solche Operation würde nicht nur eine vermehrte Einfuhr herbeiführen, sondern durch den Verkauf der eingeführten Lebensmittel eine feste Grundlage zur Verbesserung der Valuta ermöglichen, und es wird möglich sein, die Kosten für die Arbeitslosenunterstützung und für wohltätige Volksspeisungen zu bestreiten. Die endgültige Einführung der neuen Währung würde dann den Wiederaufbau produktiver Industrien ermöglichen." In dem Bericht Hoovers über die Lage in Deutschland heißt es, nach einer Meldung der „Times" aus Washington noch, daß Deutschland drei größeren Schwierigkeiten gegenüberstehe. Die erste sei der Zusammenbruch der deutschen Währung, der die Verteilung der letzten Ernte katastrophal beeinflußt habe, da die Landwirte das so gut wie wertlose Papiergeld nicht annehmen wollten. Die zweite Schwierigkeit sei die, daß die deutschen Kaufleute das angemessene Maß der Einfuhr, das notwendig sei, um das Defizit der inneren Erzeugung auszugleichen, nicht finanzieren könnten, weil die verringerte Ausfuhr die kaum zur Verfügung stehende Menge auswärtiger Devisen vermindert habe. Die dritte Schwierigkeit sei die weitverbreitete Arbeitslosigkeit, infolge deren Millionen von Arbeitern nicht genügend Lebensmittel kaufen können, selbst wenn sie sich auf dem Markte befänden. Hoover erklärt, der normale Prozeß der Verteilung vom Land nach der Stadt sei unterbrochen und viele Geschäfte seien gezwungen, zu schließen. Die Landbevölkerung sei reichlich mit Lebensmitteln versorgt und in einem geringeren Maße auch die kleineren Städte in den landwirtschaftlichen Bezirken, die in der Lage seien, mit den Landwirten Tauschhandel zu treiben. Vermögende Leute in den großen Städten und die teuren Hotels und Restaurants seien ebenfalls gut versorgt.

Washington, 12. Dez. Im Anschluß an die gestrige Veröffentlichung eines Privatbriefes Hoovers, in dem sich dieser für die Auflegung einer deutschen Lebensmittelanleihe im Betrag von 70 Millionen Dollar ausspricht, verlautet, daß die amerikanische Regierung die Hoffnung hege, daß die Anleihehandlungen Erfolg haben möchten. Präsident Coolidge sei dessen der Ansicht, daß die Tätigkeit der privaten Hilfsorganisationen für die Bevölkerung Deutschlands fortgesetzt werden solle. Es wird angenommen, daß etwa die Hälfte des Betrages der geplanten Anleihe für Lebensmittelkäufe in den Vereinigten Staaten verwendet werden soll.

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik enthaltenen Eingesandt übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

In Sachen **Staatsrentamt Hirsau — Lehrerbesoldungsregelung** erhalte ich vom **Finanzministerium Stuttgart** nach Veröffentlichung meiner Entgegnung die Mitteilung, daß es sich bei der Auskunft des Staatsrentamts an das Postamt Neuenbürg bezüglich der fehlenden Briefmarken „um eine **mißverständliche Redewendung einer Hilfsarbeiterin**" gehandelt hätte.

Kleiner.

Oberlengenhardt.

Holz-Verkauf.

Am Samstag, den 15. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr.
verkauft die Gemeinde auf dem Rathaus im schriftlichen Aufstreich:

Langholz: 36,52 Fm. VI. Kl.
Baustangen: 109 Stück Ia., 55 Stück Ib.
Hagstangen: 56 Stück I. Kl., 36 II. Kl.
Hopfenstangen: 41 Stück I. Klasse.

Gemeinderat.

Bekanntmachung.

Infolge Stetigkeit der Währung ist ein zweiter Monatseinzug nicht erforderlich, weshalb das Stromgeld für **Dezember** nur in der Zeit vom **27. bis 29. ds. Mts.** zum Einzug gebracht wird. Da in den meisten Gemeinden ein Zeitaufwand von 3 Tagen nicht erforderlich ist, wird es dem Ortsagenten überlassen, welche Tage er zum Einzug bestimmen will. Wer es versäumt, dem Ortsagenten den Zählerstand und das Geld zu bringen, hat für den dadurch notwendigen Gang des Ortsagenten eine Ganggebühr von 20 G.-Pfg. zu entrichten. Es ist unbedingt notwendig, daß sich die Abnehmer dem neuen Einzugsverfahren anpassen, wodurch sich die Verwaltungskosten wesentlich verringern lassen und der Verband rechtzeitig in den Besitz des Stromgeldes kommt.

Station Teinach, den 11. Dezember 1923.

Gemeindeverband-Elektrizitätswerk Teinach-Station (G.E.T.)

Versäumen Sie nicht! Versäumen Sie nicht!

Günstiger Weihnachts-Verkauf!

Taschentücher
von 20—60 ₰, in feinsten Qualitäten,
Hemden-Flanell, Damen- und Herren-Wäsche, Zephir-Hemden, Damen-Schlüpf-Hosen,
sowie
Herren- und Damen-Stoffe
in großer Auswahl.

Sie erhalten auf sämtliche Waren bis Weihnachten
5 Prozent Rabatt.
Hier können Sie sämtliche Waren auf Teilzahlungen zurücklegen lassen.

Samuel Rosdzial, Pforzheim,
Manufakturwaren- und Trikotagen-Geschäft,
Oestliche 23.

Pelzwaren : : :
in größter Auswahl, Füchse, sowie andere Edelpelze und Pelzhüte zu äußersten Preisen. Neu-

Achtung
Preis-Abschlag!
Kammwaren wie Stecker, Spangen, Damenfrisier-, Staub-, Taschen- und Seitenkämme usw. verkauft zu halben Preisen solange Vorrat reicht
Willy Kratzer,
Herren- und Damenfriseur.
Nur bis Weihnachten!

Zieh-Harmonikas
kosten nur noch den halben Preis bei
Ziehharmonikamacher
G. Hohuloser, Pforzheim,
Bergstraße 27.
Daselbst wird Unterricht erteilt für jedes gekaufte Instrument, sowie für **Gitarren, Mandolinen, Geigen und Zithern.** Alte Instrumente aller Art können auf neue eingetauscht werden.

Koch- und Gasherde, Waschkessel, Oefen, Bade-Einrichtungen,
große Auswahl, billige Preise.
Wilh. Ammann,
Pforzheim, nur Calwerstr. 31.

Kaufm.
Lehrling
mit guten Schulzeugn. aus guter Fam. p. 1. Jan. von Sägewerk in Württ. (Schwarzwald)
gesucht.
Kost und Wohnung im Hause.
Angebote erbeten unter Nr. 34 an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Langenbrand.
Habe entbehrlichkeitshalber eine tadellos erhaltene
Schrotmühle
mit Mahlsteinen, sowie eine neue
Kreissäge und Rübenmühle
zu verkaufen.
Friedrich Fischer.

Pforzheimer
Gold-Ankaufstelle
kauft **Gold, Silber, Platin** in Barren und fein, sowie **alte Schmucksachen** zum Einschmelzen, **Rosen** und **Brillanten,** ferner **Gold- und Silbermünzen,** in- und ausländische.
Edelmetall-Handlung
A. Metsch

Trotz der horrenden Teuerung
finden Sie hier noch in großer Auswahl:
Hemden-Flanell, Blusen- und Kleider-Stoffe, Aussteuer-Artikel, fertige Bett- u. Baby-Wäsche, sowie Strümpfe und Socken
in großer Auswahl nur
Pforzheim, Oestliche 23, im Laden
zu noch sehr günstigen Preisen.
Hier können Sie Ware auf Teilzahlung zurücklegen lassen.

Salamander-Schuhhaus
Hermann Lutz, Wildbad,
Wilhelmstraße 117.
Lager in schwarzem und braunem Herren-, Damen- und Kinder-Schuhwerk, sowie **Ia. Werktagsware,**
Sport-, Jagd- und Touristen-Stiefel, Turn- und Hausschuhe, Leder- und Filz-Reiseschuhe, Sandalen und sämtliche Winterwaren.
Reparaturen rasch, gut und billigst!
Garantiert kräftige Schuhwaren für Arbeiter und Landbevölkerung!

Die beste Bezugsquelle für
Herren-Bekleidung
ist nur das
Verkaufslager Pforzheim, Tal 2, I. Stock.
Kein Laden, bitte genau auf Adresse zu achten.
Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung ohne jeden Aufschlag.

Schneider-Artikel, Futter-Stoffe, Knöpfe,
sowie sämtliches Zubehör für die Maßschneiderei.
Fachmännische Bedienung.
F. Kautz, ehemal. Schneidermeister,
Pforzheim, Tunnelstr. 2a, am Luisenplatz,
2 Minuten vom Bahnhof.

Verlobungs-Anzeigen
in Karten- und Briefformat
liefert rasch und preiswert
C. Meeh'sche Buchdruckerei,
Inh.: D. **Strom.**

Stung!
Herren- u. Damen-Stoffe
für Anzüge, Kostüme und Ueberzieher neu eingetroffen in großer Auswahl.
Sehr preiswert! Sehr preiswert!
Hier Pforzheim, Oestliche 23, im Laden
zu haben.

Für Weihnachten
offeriere ich **prima Kölnisch Wasser, Parfüm, Haarnetze, Seifen offen und in Karton, Puder, Zahnpasta, Mundwasser, Hautcreme, Kölnisch Wasser, Brillantine usw.**
Ueber Weihnachten gewähre ich bei Beträgen von 5 M. 10 % und über 10 M.
20 % Rabatt
Willy Kratzer,
Herren- und Damenfriseur.

Neuenbürg.
2 Bettstellen,
weil entbehrlich, zu verkaufen.
Chr. Arnold.

Neuenbürg.
Akkordzither
ist billig zu verkaufen.
Näheres in der „Enztäler" Geschäftsstelle.

Neuenbürg.
Milch-Schweine
und ein
Läuferschweine
zu verkaufen
Sägerweg 401

Kohlenbadeöfen, Badewannen, Waschwannen, Eimer, Kannen u. Emaill.-Kochtöpfe, Zimmeröfen, Räucherapparate, Waschkessel
Ia. Qualität! Billigst!
Chr. J. Hartmann, Pforzheim,
Bleichstr. 8, Telefon 1[illegible]

Arnbach.
Zugelaufener Halbhund.
Abzuholen gegen Aufgebühr und Futtergeld.
Karl Buchter, Goldarb.

Bijouterietechniker
evangelisch, 42 Jahre, und strebsam, sucht mit **Fräulein** (oder Witwe ohne Kind) kennen zu lernen zwecks späterer
Heirat.
Angebote unter Nr. [illegible] an die Enztälergeschäftsstelle erbeten.

Mädchen
gesucht, das möglichst in Stellung war, gegen gemäße Bezahlung.
Bäckerei Reißer,
Pforzheim-Brötzingen,
Brunnenstraße 1.